

EU: Staatsquoten wie im Sozialismus



[Startseite](#) » [News](#) » EU: Staatsquoten wie im Sozialismus

Wie die EU ihre Bürger befremdet

EU: Staatsquoten wie im Sozialismus

Von Prof. Dr. Patrick Eichenberger, Berlin

Die EU und Kuba haben eines gemeinsam: Beide sind von «grossen Ideen» besessen, die jedoch an den materiellen Umsetzungsfolgen scheitern.

Kuba verwässert derzeit die Idee des Sozialismus. Die EU aber blutet am sturen Festhalten an der Gemeinschaftswährung aus; wissend, dass eine Aufgabe des Euro als identitätsstiftendes Integrationsinstrument den Todesstoss für die europäische Idee bedeuten würde. Ein doppelter Tod: Für Teile der Finanzmärkte aber vor allem für die «grosse Idee» eines vereinten Europas!

Ausgerechnet der kubanische Máximo Líder und sein Bruder Raúl bewegen sich auf dem Karibikstaat von dem weg, worauf die Europäische Union unaufhaltsam zusteuert. Es ist von Umverteilungswahn und Sozialismus die Rede. Um dem programmierten Niedergang zu entkommen, sind die Castros nach fünfzigjähriger Führungserfahrung offensichtlich auf neue Erkenntnisse gestossen, wie ersichtlich wurde, als jüngst die neue Reformagenda präsentiert wurde: Kuba betreibt die Verschlinkung des Staatsapparats, die Verkleinerung der Belegschaft in Staatsbetrieben, Rückführung der Staatsquote und die Vergrösserung der wirtschaftlichen Freiheit. Die EU macht genau das Gegenteil! Das ist auch der Grund, weshalb die EU nie seit ihrer Süderweiterung durch die Zutritte Griechenlands (1981) Spaniens und Portugals (beide 1986) auf ein fünfzigjähriges Jubiläum zurückblicken wird. Anders die Gebrüder Castro, die seit der «revolución cubana» 1959 die sozialistische Republik lenken. Kuba ist lern- und reformwillig. Die EU dagegen ist beides nicht. Sie ist und bleibt eine illusorische, demokratiefeindliche, heuchlerische, bürokratische und Formalitäten maximierende Schönwetterkonstruktion, die naturgemäss von sich überlagernden Partikularinteressen getrieben wird, sobald regionale Unstimmigkeiten aufkommen. Und, die EU befindet sich in einer unausweichlichen Sackgasse des kollektiven Niedergangs.

Sozialismus wurzelt in einer politischen Ideologie, die vor zweihundert Jahren als Gegenstück zu Liberalismus und Konservatismus aufkam, um dank Organisation des sich damals anbahnenden Klassenkampfes die Genossen in die anzustrebende Richtung einzustimmen. Sozialisten mahnen seither Grundwerte wie Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität an, um eine gesellschaftlich gerechte Wirtschafts- und Sozialordnung nach ihrem Geschmack zu erzwingen. Die sozialistischen «Hardliner» unter den Genossen sind gar davon überzeugt, dass im Privateigentum die eigentliche Ursache für gesellschaftliche Ungleichheit, Ungerechtigkeit und unsolidarisches Verhalten liege. Konsequenterweise sei eine Vergesellschaftung – eben «Sozialisierung» – wichtiger Vermögenswerte im Staat anzustreben, an dessen Führungsspitze eine Zentralverwaltung zu stehen habe. Weniger radikale Forderungen verlangen wenigstens Umverteilungen, um der angestrebten «gerechten Wirtschafts- und Sozialordnung» näher zu kommen. Was seit Jahren passiert, ist weniger eine «Verstaatlichung» privater Aktiven, sondern de facto eine perfide «Vergemeinschaftung» der Passiven, indem EU-weit und generationenübergreifend Schulden gemacht werden, was die EU-Bevölkerung im Namen von Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität in eine Schicksalsgemeinschaft zwingt und damit ungewollt den eigenen wirtschaftlichen Absturz besiegelt.

Alt Bundeskanzler Helmut Kohl umschrieb den Sozialismus mit einer simplen Aussage:

«Bei einer Staatsquote von fünfzig Prozent beginnt der Sozialismus.»

Die Staatsquote wird ausgedrückt als Gesamtausgaben des Staates in Prozent des Bruttoinlandsprodukt

(BIP). Die EU-Länder weisen für die Zeitspanne vom Jahr 2000 bis 2010 eine Erhöhung der durchschnittlichen Staatsquote von 45 auf 51 Prozent auf! Ist die EU bereits im Nirvana des Sozialismus angekommen?

Sinn und Zweck der EU

Vor dem Hintergrund zweier Weltkriege mit verheerenden Folgen war die ursprüngliche Überlegung einfach: Ein dauerhafter Frieden liesse sich am besten durch eine Verbesserung des Wohlstandes und durch das Entstehen gegenseitiger Abhängigkeit erreichen. Nun war der zunächst angestrebte gemeinsame Wirtschaftsraum durchaus sinnvoll, indem Handelsbeschränkungen verschwanden und daraus eine Zollunion entstand.

Danach wurden in Artikel 3 des Vertrages über die Europäische Union (EUV) die Ziele und Aufgaben wie folgt festgeschrieben (Auszug):

«Ziel der Union ist es, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern.»

«Sie bietet ihren Bürgerinnen und Bürgern einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ohne Binnengrenzen, in dem [...] der freie Personenverkehr gewährleistet ist.»

«Die Union errichtet einen Binnenmarkt und wirkt auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Masse wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie auf ein hohes Mass an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität hin.»

«Die Union errichtet eine Wirtschafts- und Währungsunion, deren Währung der Euro ist.»

Neben den in ihren Verträgen genannten Zielen setzt sich die Europäische Union regelmässig auch übergeordnete, strategische Ziele. Am 23. und 24. März 2000 setzte der Europäische Rat von Lissabon der EU für die Zeit bis 2010 als Ziel.

...die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem grösseren sozialen Zusammenhalt zu erzielen.

Die Realität sieht völlig anders aus: Seit den Achtziger Jahren hat die EU kontinuierlich an Bedeutung auf den zukunftsträchtigen Industrie-Produktionsmärkten verloren; im Elektronikbereich, in der Computertechnologie und der Weltraumtechnik. Heute vermögen die beschäftigungsintensivsten Sektoren aus den tertiären (Dienstleistungen) und quartären (Informationen) Bereichen nicht, die falsch qualifizierte oder aber nur bedingt motivierte Masse an EU-Bürgern mit Anspruchshaltungen zur aktiven Teilhabe an Wertschöpfungsprozessen der EU-Wirtschaft zu beteiligen. Deutsche EU-Gläubige hoffen neuerdings auf das Job-Wunder «Energie-Wende» (Öko-Tsunami), welches durch EU-Fördertöpfe alimentiert werden soll. Auch hier muss der Staat für neue Jobs sorgen! Deutschland – egal ob durch rot-grün oder schwarz-gelb oder schwarz-grün verwaltet – soll nicht nur als EU-Flaggschiff, sondern gar weltweit als gutes Green-Power-House vorangehen; in der Hoffnung, die Welt möge in einer Woge solidarischer Begeisterung folgen.

Zurück zur Staatsquote

Welchen Ideal-Wert soll nun das jeweilige Herrschaftssystem anstreben? Einig ist man sich lediglich darüber, dass bei einer Staatsquote von null Prozent Anarchie und bei einem Wert von hundert Prozent Despotie herrschen würde. In Deutschland fordern einige rechtsbürgerliche Politiker sowie mehrere sachverständige Ökonomen in den letzten Jahren immer wieder eine Senkung der Staatsquote auf unter vierzig Prozent. Allerdings gibt es keine wissenschaftliche Begründung für die Festlegung gerade dieses Schwellenwertes. In der Schweiz lag die Staatsquote 2010 bei 34 Prozent und in den USA bei 42 Prozent. Letztere liegt jedoch nur so tief, da die Vorsorgeeinrichtungen in den USA mehrheitlich privatwirtschaftlich organisiert sind.

Was ist unter «Staatsquote» zu verstehen? Vereinfacht gesagt, umfasst die Staatsquote im Zähler die Summe aller Geldgrössen, die von öffentlichen Verwaltungen ausgegeben werden, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), das im Nenner als Bezugsgrösse aufgeführt wird. Die gesamten Staatsausgaben lassen sich hierbei rechnerisch im Zähler vier Teilpositionen zuordnen, deren Grobprognosen es mit einem Ausblick für die EU skizzenhaft zu diskutieren gilt.

1. Staatlicher Konsum¹
2. Staatliche Investitionen
3. Staatliche Subvention und Sozialtransfers
4. Staatliche Zinszahlungen

Die Bürokratiekrake der öffentlichen Verwaltungen wird über ihre insgesamt sechs «Hierarchieebenen» hinweg (Gemeinde, Kreis, Länder, Bund, EU, UN für Deutschland) weiter wachsen; unter teils erheblichen Kostenfolgen. Wissenschaftlich interessierte Leser können sich hierzu über die bekannten Modelle zum Bürokratiewachstum nach Parkinson, Baumol und Niskanen etwas einlesen, um die Folgewirkungen besser einzuschätzen. Kurzum: Die Kosten all dieser öffentlichen Verwaltungsstufen werden steigen, bleiben häufig undurchsichtig, sind undemokratisch entschieden worden (keine Volksbefragungen!) und sind daher bürgerfern. Ferner ist die zunehmende Überalterung der Bevölkerung innerhalb der EU unbestritten, was in den Jahren ab 2025 – Babyboomer werden Rentner – dramatische Folgen für die explodierenden Gesundheits-/Pflegekosten und Pensionen haben wird. Man erinnere sich nur an die bescheidene Forderung von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die für die EU kürzlich ein möglichst einheitliches Renten-Eintrittsalter forderte. Sie schlug im letzten Mai vor, das Renten-Eintrittsalter schrittweise von 65 Jahren (2010) auf 67 Jahre (ab 2029), weiter auf 68 Jahre (ab 2045) anzuheben, um schliesslich im Jahr 2060 den Renteneintritt ab 69 Jahren zu ermöglichen. Schreie der Entrüstung gingen durch die EU-Mitgliedländer. «L'acquis social», also der soziale Besitzstand, würde angegriffen! Fakt jedoch ist, dass die Lebenserwartung bei Geburt in diesem fünfzigjährigen Zeithorizont von 2010 (Jahrgang 1945) bis 2060 (Jahrgang 1995) um ganze zwölf Jahre angestiegen sein wird. Nicht nur hier klaffen Vernunftansätze und Realpolitik weit auseinander.

Fazit: Es ist mit jährlichen Zunahmen des staatlichen Konsums in der EU von real mindestens ein bis zwei Prozent zu rechnen. Diese Werte werden ab ungefähr 2020 stärker steigen.

Staatliche Investitionen

Die staatlichen Investitionen sind üblicherweise in der EU mit ein bis drei Prozent vom jeweiligen BIP eher gering, was auch gut ist, zumal Berufspolitiker und Bürokraten anerkannterweise selten den Sachverstand haben, um über die Sinnhaftigkeit von Investitionen zu urteilen. Beispielsweise möchte Bundeskanzlerin Merkel bis 2020 insgesamt eine bescheiden anmutende Milliarde Euro in die Förderung von Forschung und Entwicklung von Elektroautos investieren. Oder: Der Atomausstieg soll mit jährlichen Investitionsmitteln (etwa in Stromnetze, Förderung nachhaltiger Energiequellen, u.a.m.) von drei Milliarden Euro erleichtert werden.

Fazit: Die jährlichen Investitionen aus staatlicher Hand werden im EU-Raum eher bescheiden und konstant bleiben und damit die Zunahme der Staatsquote nur marginal beeinflussen.

Staatliche Subventionen und Sozialtransfers

Anders sieht es gegenwärtig mit den insolvenzverschleppenden Geldspritzen für die PIIGS-Staaten (Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien) aus, für die ab Mai 2010 ein erster EU-Rettungsschirm von 750 Milliarden Euro – davon ein Drittel durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) bedient – aufgespannt wurde. Die damalige Drohung des finnischen Währungskommissars Olli Rehn: «Das zeigt, dass wir den Euro verteidigen werden, koste es, was es wolle», war durchaus wörtlich zu nehmen! Die staatlichen Subventionen und Sozialtransfers innerhalb der einzelnen EU Mitgliedländer – hier vom Steuerzahler zum Subventionsempfänger – und zwischen der EU-Schicksalsgemeinschaft (hier schwergewichtig von Nord nach Süd sowie nach Irland und später nach Belgien, Italien, womöglich gar Frankreich und dem Vereinigten Königreich) werden erheblich

zunehmen. Schon heute sind in der Noch-Wirtschaftslokomotive der EU über acht Millionen Bewohner Empfänger staatlicher Unterstützung. Ohne öffentliche Hilfe wären 25 Prozent der Einwohner Deutschlands armutsgefährdet.

Fazit: Die staatlichen Subventionen und Sozialtransfers werden jährlich klar zunehmen, zumal in der EU weder eine «Konsens- Schmerzgrenze» erreicht ist, noch ernsthafte Reformen auszumachen sind. «Solidarität» ist schon jetzt ein ausgelutschter Begriff, der allenfalls während einer Schönwetterlage erfolgreich angerufen werden kann. Ein geostationäres Wirtschaftstief, mehrheitlich aus dem Süden kommend, ist im Anzug! In wenigen Jahren wird es in der EU allen um das eigene Hemd gehen.

Staatliche Zinszahlungen

Die Zunahme der staatlichen Zinszahlungen entwickelt sich wegen des Zinseszins effekts exponentiell, was sich für die EU bereits heute verheerend auswirkt. Das jährliche zinseszinsbedingte Haushaltsdefizit des EU-Musterschuldners Deutschland hat sich zwischen 1990 und 2008 verdoppelt. Heute zahlt Deutschland – Stufe Bund – 12,4 Prozent von seinem 307 Milliarden Euro umfassenden Haushaltbudget zur Bedienung der Bundesschuld. Dieser Betrag ist mehr als drei Mal so hoch wie der entsprechende Budgetbetrag für Bildung und Forschung (3,8 Prozent). Vergessen wir nicht, dass der traditionelle EU-Lastesel bereits 1923 und 1945 Pleite ging. Seither wurden in der Schulden-Geschichte der modernen Bundesrepublik erst ein einziges Mal Schulden abgebaut, als Anfang 2001 immerhin fünfzig Milliarden Euro aus dem Verkauf der UMTS-Mobilfunklizenzen in die Schuldentilgung flossen. Sonst nie. Wollte die Bundesrepublik ab 2012 tatsächlich die gesamten Schulden von über 2'000 Milliarden Euro in den kommenden siebzig Jahren tilgen, so müsste jedes Jahr ein Haushaltsüberschuss von mindestens fünf Prozent des BIP erzielt werden. Mit einfachen Worten: Während sieben Jahrzehnten bis zum Jahr 2082 könnte Deutschland von hundert eingenommenen Geldeinheiten nur deren 95 ausgeben. Ferner sollen bis Ende 2011 nur für Griechenland, Irland und Portugal über 200 Milliarden Euro an Hilfgeldern fliessen. Gemäss Hochrechnungen des IWF soll später Griechenland allein weitere Hilfen von 2012 bis 2015 im Umfang von 275 Milliarden Euro benötigen!² Diese programmierten EU-Endloszahlungen auf Pump sind gleichermassen sinnlos wie heuchlerisch. Sinnlos, weil ein heterogener Haufen so unterschiedlicher Volkswirtschaften mit gemeinsamer Euro-Zwangswährung unmöglich einen synchronen Pfad von Produktivitätsfortschritten beschreiten kann. Damit können Abwertungen, wie etwa früher bei Drachmen, Escudos, Peseten oder Lira zu Referenzwährungen nicht mehr als Justierschrauben nationaler Ungleichgewichte und zur Wiederherstellung temporärer Wettbewerbsfähigkeiten erhalten. Heuchlerisch, weil die verblendeten Eurokraten ahnen, dass ein EU-Pleitefall einen Dominoeffekt für die Finanzmärkte provozieren könnte.

Fazit: Von den kumulierten Schuldenständen und der damit verbundenen Zinskostenentwicklung (Inflation, Preisinstabilität) ausgehend, droht ein Sog in Richtung wirtschaftlicher Kollaps des vernetzten Finanzsystems.

BIP als Bezugsgrösse

Das BIP drückt den Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen aus, die innerhalb eines Jahres hergestellt werden und letztlich dem Konsum dienen. Seit Jahren wächst das BIP in den künftigen Wirtschaftsmächten der Welt wie China, Indien oder gar Brasilien weit stärker als in der hoch verschuldeten Alten Welt (EU und USA), die sich noch immer so gerne als Sponsoren und Universalgelehrte selektiver Interessensphären des Planeten sieht. Mit den weit über 1'100 Milliarden Dollar, die der «Westen» in den letzten zehn Jahren im Irak und in Afghanistan verlockt hat, hätten locker der EU-Rettungsschirm oder aber die Gesundheitsreform der USA finanziert werden können. Beides wäre zwar auch auf Pump geschehen, doch wäre letzteres wenigstens sinnvoll gewesen. Übrigens zählen der Irak und Afghanistan gemäss Transparency International³ nach Somalia und Myanmar zu den korruptesten Ländern dieser Welt. Und die «Noch-Weltmacht» USA verhandeln mit den Taliban (Terroristen?) über deren Abschwörung von Gewalt und Anerkennung der afghanischen Verfassung.

Fazit: Das BIP der EU wird bis 2020 – wenn überhaupt – nur bescheidene reale Wachstumsraten aufweisen. Ab dann wird das BIP nahe der Null-Grenze dahindümpeln und chronisch ins Negative

kippen.

Erdrückende Zinskostenbelastung

Ein Kurzabstecher vor den Schlussfolgerungen: Der 44 Jahre lang von den Sowjets besetzte Osten Deutschlands wurde industriell demontiert, wirtschaftlich geplündert und die Bauern- und Arbeiterschaft unter Vorwand des Kommunismus ausgebeutet. Es erstaunt daher nicht, dass die Eingliederung der ehemaligen DDR (109'000 Quadratkilometer, 17 Millionen Einwohner) in den vergangenen zwanzig Jahren zwischen 1'300 und 1'900 Milliarden Euro gekostet hat. Wobei es anzufügen gilt, dass heute zwischen den alten und den neuen Bundesländern noch immer erhebliche Unterschiede in Sachen Wirtschaftsstruktur, Wettbewerbsfähigkeit, Produktivitätsentwicklung und Mentalität bestehen. Griechenland (132'000 Quadratkilometer, elf Millionen Einwohner) dagegen, hat seit dem EU-Beitritt 1981 vor zwanzig Jahren gerade mal sechzig Milliarden Euro in Form von Subventionen von der EU «geschenkt» erhalten. Darüber hinaus wurden zwar weitere fremdfinanzierte Geldmittel in der Höhe von über 340 Milliarden Euro in Griechenland konsumiert, die jedoch als Kredite nach offizieller Lesart noch immer geschuldet sind und jährlich erdrückende Zinskosten verursachen. Man stelle sich bitte vor, dass heute die Gebiete der vormaligen DDR eine kumulierte Schuldenlast von runden 1'300 bis 1'900 Milliarden Euro zu schultern hätten: Wäre angesichts einer solch untragbaren Zinskostenbelastung nicht jegliche weitere Reformbestrebung aussichtslos? Griechenland braucht entweder einen Neuanfang mit erheblichen Subventionen auf weitere zwanzig Jahre hinaus im Gesamtumfang von 900 bis 1'300 Milliarden Euro oder aber den Ausstieg aus dem Euro und den Neubeginn mit einer neuen Soft-Drachme, die autonom über klassische Abwertungen der Nationalwährung die Wettbewerbs- und Produktivitätsverluste wieder ausgleichen kann. Griechenland ist auf dem Global Competitiveness Index des World Economic Forum (GCI WEF)⁴ innerhalb des letzten Jahres um zwölf Positionen von Rang 71 (2009/2010) auf Rang 83 (2010/2011) zurück gefallen. Zum Vergleich: El Salvador rangiert auf Rang 82, Trinidad und Tobago auf Rang 84. Griechenland wird angesichts einer weiter globalisierten Weltwirtschaft nie ein modernes, wettbewerbsfähiges Euro-Wirtschaftsland werden. Das Gleiche gilt für Portugal, einen Grossteil Spaniens sowie für Italien südlich von Bologna.

Schlussfolgerungen

Die EU und der Euro in den heutigen Formen sind beide dem Tode geweiht, weil die eigennützigen Eurokraten weder die Courage noch die Ehrlichkeit haben, ihren 500 Millionen Untertanen reinen Wein einzuschenken und unpopuläre Massnahmen zu verabschieden! Oder aber diese EU-Magistrate sind gefährlich töricht. Die Staatsquote wird bis 2020 in der EU auf 55 bis 60 Prozent steigen. Die EU-Elite hat mit diesem unverantwortlichen Umverteilungs- und Schuldenwahn den unausweichlichen wirtschaftlichen Niedergang eingeläutet, der schliesslich in die Zerschlagung der EU und in eine Rückbesinnung auf nationale Eigeninteressen und allenfalls besser abgestimmten Regionalwährungen münden wird.

Was tun?

Als Sofortmassnahme müsste ein EU-weites Austeritätsprogramm mit verbindlichem Schuldentilgungsplan der EU auf sieben Jahrzehnte hinaus angekündigt werden. Nur so liesse sich eine solide Vertrauensbasis in den globalen Finanzmärkten schaffen. Die konsequente Beendigung der zur Tradition gewordenen EU-Politik auf Pump müsste in Verbindung mit der Beschränkung auf einen gemeinsamen Binnenmarkt mit länderspezifischen, schlanken, effizienten und bürgernahen Verwaltungen der jeweiligen Mitgliedländer bei reduzierten Wohlfahrts- und Sozialleistungen stehen.

Alles nur geträumt! Der Schuldenberg wird weiter wachsen. Aber damit werden die jährlichen Wettbewerbs- und Produktivitäts-Fortschrittpfade innerhalb der EU auch in sieben Jahrzehnten noch nicht synchronisiert verlaufen. Da helfen weder Rettungsschirme noch Umschuldungen oder Sparpakete. Die Gemeinschaftswährung wurde vom promovierten Historiker Kohl als identitätsstiftendes Symbol für die europäische Idee erkannt und in der Folge viel zu früh im Grossteil des Kontinents durchgepaukt, unter teilweisem Frisieren der angeblich erreichten Konvergenz-Richtwerte dank kreativer Finanzexperten aus den jeweiligen Neumitglied-Ländern! Das Herrschaftssystem des EU-Staatenverbunds muss sich zwingend auf wenige Kernkompetenzen

zurückbesinnen, wie etwa auf einen europäischen Binnenmarkt, Sicherheit, Eigentums Garantien und Freiheit seiner Bürger sowie das Schaffen idealer Rahmenbedingungen für ein initiatives, weil minimal steuerlich belastetes Unternehmertum. Nur so entstehen nachhaltige Arbeitsplätze und konsolidiert sich eine global wettbewerbsfähige EU-Binnenwirtschaft. Sollte diese vorgeschlagene Rosskur ohne Einheits-Euro zu viel verlangt sein, so könnten doch wenigstens die kubanischen Reformen als Vorbild dienen. Wir erinnern uns: Verschlinkung des Staatsapparats, Verkleinerung der Belegschaft in Staatsbetrieben, Rückführung der Staatsquote und Vergrößerung der wirtschaftlichen Freiheit. Bleiben wir realistisch: Für die gegenwärtige EU-Oligarchie von dogmatischen Eurokraten und ihre 500 Millionen Schicksalsgenossen hat der zwangsweise Marsch in die finanzielle Wüste längst begonnen. Die sieben mageren Jahrzehnte kommen! Ich erlaube mir angesichts dieser ökonomisch düsteren Aussichten, jedem Europäer mehr Eigenverantwortung, Selbstvorsorge und einen persönlichen «Plan B» zu empfehlen. Auswanderung ist eine Option, wie für jüngere Griechen, Iren, Portugiesen, Spanier und andere EU-Bürger heute schon. Rette sich, wer noch kann! Die EU befremdet ihre Bürger.

Vor zwei Jahrtausenden drückte der römische Konsul, Anwalt, Philosoph, Schriftsteller und Redner Marcus Tullius Cicero (106 – 43 v. Chr.) sein Befremden über das römische Staatswesen wie folgt aus:

«Der Staatshaushalt muss ausgeglichen sein. Die öffentlichen Schulden müssen verringert, die Arroganz der Behörden muss gemässigt und kontrolliert werden. Die Zahlungen an ausländische Regierungen müssen reduziert werden, wenn der Staat nicht Bankrott gehen soll.»

Sehen Sie zur humoristischen Illustration, wie das Alte Rom nicht nur die eigenen Bürger damals befremdete, den Youtube-Clip unter Eingabe der Suchbegriffe: Asterix, Passierschein, A38 im Internet unter www.youtube.com oder im Original auf Französisch mit den Stichworten: Asterix, laissez passer, A38. Lachen garantiert!

Patrick Eichenberger

Kontakt zum Autor per E-Mail an padraic1@gmx.net

1

Dieser ist im Einzelnen im ESVG (Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen) 1995 definiert. Ein Teil der Konsumausgaben des Staates zählt zum Individualkonsum: Unterrichtswesen, Gesundheitswesen, Soziale Sicherung, Sport und Erholung, Kultur, Wirtschaft und Politik. Mix aus staatlichem Individual- und Kollektivkonsum: Bereitstellung von Wohnungen, Hausmüll- und Abwasserentsorgung, Betrieb von Verkehrsnetzen. Zum staatlichen Kollektivkonsum gehören: Verwaltung der Gesellschaft, Gewährleistung von Sicherheit und Verteidigung, Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Gesetzgebung und der öffentlichen Gesundheit, Umweltschutz, Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und Wirtschaftsförderung.

2

Siehe hierzu: Gross Financing Needs for Greece, IMF Country Report 11/68, March 2011, S. 35.

3

Weltweit agierende Organisation zur nationalen und internationalen volks- und betriebswirtschaftlichen Korruptionsbekämpfung.

4

Index zur Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften.

02.07.2011, 00:00 von admin | 1053 Aufrufe

 [Zurück](#)